

Malta, Türkei, Zypern

HEINZ-JÜRGEN AXT

Im Süden Europas haben sich 1993 wichtige Entwicklungen vollzogen: Die Europäische Kommission hat ihre Stellungnahme zum Beitritts-gesuch Zyperns und Maltas abgegeben, und bei der Türkei verblaßt die verheißungsvolle Perspektive der "Regionalmacht". Innenpolitische Probleme könnten aus dem Land wieder den "kranken Mann am Bosphorus" machen.

Zypern: nach 1995 Beitrittsverhandlungen mit einer geteilten Insel?

Das Beitritts-gesuch Zyperns zur Europäischen Union vom 4. Juli 1990 ist von der Kommission am 30. Juni 1993 beschieden worden. Das Avis der Kommission bescheinigt Zypern die europäische Identität¹. Die Übernahme des Gemeinschaftsrechts (*acquis communautaire*) würde unter wirtschaftlichen und rechtlichen Aspekten "keine unüberwindbaren Probleme" bereiten, zumal im Süden der Insel mit der Herstellung der Zollunion (erste Stufe bis 1997) wichtige Vorarbeiten bereits geleistet werden. Von der zyprischen Seite wird im Falle eines Beitritts der Abbau von Subventionen in der Landwirtschaft und des Monopols in der Telekommunikation verlangt, die Steuern in der Schifffahrt wären den Sätzen in der Europäischen Union anzupassen. Die Mitgliedschaft in der Bewegung der Blockfreien wird mit den Zielen der EU als nicht vereinbar erklärt. In der sensiblen Frage, wie die Union mit der Teilung Zyperns umgehen soll, vermeidet die Kommission eine klare Antwort.

Wiederholt wird bekräftigt, daß eine Lösung des Zypernproblems den Beziehungen zur Europäischen Union nur förderlich sein könnte, wird also an beide Seiten appelliert, sich um eine Beilegung des Konflikts zu bemühen. Die Anwendung der EU-Regeln und -Rechtsprechung würde bei einer weiteren Teilung der Insel große Probleme aufwerfen. Die Kommission geht deshalb davon aus, daß Zyperns Integration mit der Union eine Lösung der Zypernfrage "impliziert". Die Kommission gesteht aber auch die Möglichkeit ein, daß es zu keiner Konfliktbeilegung kommt. In diesem Fall soll die Frage des Beitritts erneut "unter Berücksichtigung der Positionen beider Seiten in den interkommunalen Gesprächen" im Januar 1995 überprüft werden².

Die letztgenannte Passage wird in Zypern oft verkürzt im Sinn einer automatischen Einleitung von Beitrittsverhandlungen nach 1995 interpretiert. Von einer solchen, etwa gar rechtlich bindenden Zusage kann keine Rede sein. Vielmehr ist das Bemühen der Kommission überdeutlich, beiden Seiten Anreize für einen

positiven Abschluß der Volksgruppen-Gespräche zu geben. Faktisch jedoch dürfte es der Europäischen Union kaum mehr möglich sein, Zypern nach 1995 prinzipiell den Beitritt zu verweigern. Dafür sprechen zwei Gründe: Erstens dürfte es der Union politisch schwerfallen, die Republik Zypern — sollten die interkommunalen Gespräche ohne Ergebnis bleiben — für das Scheitern verantwortlich zu machen und damit die Beitrittsverhandlungen zu verweigern. Dafür sprechen die bisherigen Zypern-Erklärungen der EU, die regelmäßig die türkisch-zyprische Seite für eine ausbleibende Konfliktlösung verantwortlich machen, und die Tatsache, daß Griechenland im Rat an der Entscheidung der Union beteiligt ist. Zweitens hat sich die Kommission und auch der Rat — nachdem er am 4. Oktober 1993 das Kommissions-Avis bestätigt hat³ — die Überzeugung zueigen gemacht, daß es einerseits keine Vetomöglichkeit gegen Integrationsabsichten der anderen Seite auf Zypern geben solle, daß also vor allem die türkischen Zyprier nicht die Anbindung der Republik Zypern an die Union verhindern können sollen. Andererseits hat man sich der Auffassung genähert, daß es "keine doppelte Bestrafung" geben solle, die griechischen Zyprier nach der Teilung der Insel nicht auch noch durch den Vorenthalt der EU-Mitgliedschaft "bestraft" werden sollten.

Die Reaktionen in Zypern auf die Stellungnahme der Kommission und den Beschluß des Rates waren dadurch gekennzeichnet, daß sie im Süden der Insel überwiegend positiv, allerdings mit einigen Vorbehalten, ausfielen, während im Norden deutlich die Kritik überwog. Präsident Glafkos Klerides betonte, daß das Ziel seiner Regierung unverändert darin bestehe, ganz Zypern in die Europäische Union zu führen. Er zeigte sich der Problematik bewußt, die die Aufnahme kleiner Länder wie Zypern für das Institutionen-Gefüge der EU bedeutet⁴. Insgesamt wurde die Überzeugung deutlich, daß mit der Beitrittsperspektive die Türkei unter Druck gesetzt werden könne, um eine Lösung des Zypernproblems zu unterstützen. Der Schlüssel zur Lösung des Konflikts liegt nach überwiegender Auffassung griechisch-zyprischer Politiker in Ankara. Die Reaktionen in der "Türkischen Republik Nordzypern" (TRNC) waren durchweg negativ. Hier stellt man sich zumindest solange gegen einen EU-Beitritt, wie die Türkei aus der Union ausgeschlossen bleibt. Der Europäischen Union wurde vorgeworfen, mit ihrer Stellungnahme die Vertrauenskrise zwischen den Volksgruppen zu vertiefen und eine "indirekte Enosis" durch die EU-Mitgliedschaft vorzubereiten⁵.

Szenarien, Wahlen und interkommunale Verhandlungen

Wenn sich die Europäische Union auf die Perspektive vorbereiten muß, daß ab 1995 Beitrittsverhandlungen mit Zypern anstehen, dann lassen sich derzeit vor allem die folgenden Szenarien bestimmen: Erstens könnte Zypern als Föderation, also im Sinne griechisch-zyprischer Vorstellungen die Verhandlungen aufnehmen. Dies setzt eine entsprechende Einigung bei den interkommunalen Gesprächen voraus, wofür es derzeit allerdings wenig Anzeichen gibt. Zweitens könnte

man eine Art "Deutschland-Regime" bemühen: Die Republik Zypern träte der Europäischen Union bei, und der Norden folgte nach, sobald es zu einer Einigung kommt. Nur, die Analogie geht in die Irre, denn im Falle Deutschlands standen sich zwar antagonistische politische Systeme, nicht aber untereinander verfeindete Volksgruppen gegenüber. Drittens wäre ein doppelter EU-Beitritt vorstellbar, bei dem beide Seiten getrennt von der Union aufgenommen würden. Diese Option scheidet an der von der Union eingenommenen völkerrechtlichen Haltung, die an der territorialen Einheit der Insel festhält. Viertens wäre ein Hinausschieben der EU-Beitrittsperspektive (entsprechend dem Umgang mit der Türkei) denkbar. Dem wird sich aber Griechenland — nicht zuletzt mit guten Argumenten aus dem Kommissions-Avis — widersetzen. Von welcher Seite man die Angelegenheit auch betrachtet, es wird deutlich, daß große Probleme auf die Europäische Union zukommen.

Am 14. Februar 1993 konnte sich bei den Präsidentschaftswahlen Glafkos Klerides gegenüber dem Amtsvorgänger Georgios Vasiliou durchsetzen. Zwei Aspekte sind von Bedeutung: Erstens wurde Vasiliou vor allem wegen seiner Kompromißbereitschaft gegenüber der türkisch-zyprischen Seite angegriffen, zweitens muß Klerides auf nationalistische Kräfte Rücksicht nehmen, die ihm bei den Wahlen zu dem entscheidenden Stimmenvorsprung verholfen haben. Bei den Wahlen in der "TRNC" am 12. Dezember 1993 hat die bislang regierende Nationale Einheitspartei (UBP) erheblich an Stimmen verloren. Hatte sie 1990 noch 55% der Stimmen erlangt, waren es nunmehr bloß noch 30%. Die Demokratische Partei (DP), die vom Führer der Inseltürken Rauf Denktash unterstützt worden war, erreichte gut 29% und konnte mit der Republikanischen Partei (RTP), die knapp 25% erlangte, eine Koalition eingehen.

Die unter der Schirmherrschaft der UN stattfindenden interkommunalen Gespräche haben noch keine Ergebnisse gezeitigt. Über das "set of ideas", das unter anderem die Öffnung des internationalen Flughafens von Nikosia unter UN-Hoheit und die Rückgabe der unbewohnten Stadt Varosha an die griechischen Zyprioten vorsieht, sowie über vertrauensbildende Maßnahmen ist zwar verhandelt worden, ohne daß es allerdings zu einer Einigung gekommen ist. Zu den UN-Gesprächen am 14. Juni 1993 ist der Führer der türkischen Zyprioten Dektash nicht mehr erschienen. Er hatte sein Verhandlungsmandat bei den UN wegen interner Auseinandersetzungen mit dem "Ministerpräsidenten" Eroglu abgegeben. Nachdem sich Klerides im November 1993 zu Gesprächen in Athen aufgehalten hatte, haben Athen und Nikosia ein gemeinsames "Verteidigungsdispositiv" beschlossen⁶. Nunmehr will man gemeinsam planen, üben und operieren. Die neue Regierung Klerides möchte Athen stärker in die Pflicht nehmen. Daß die Union am 20. Dezember 1993 beschlossen hat, einen Beobachter zu den UN-Gesprächen über die Zukunft der Insel zu entsenden, ist in Nikosia und Athen positiv, in der Türkei dagegen mit dem Vorbehalt aufgenommen worden, die EU könne wegen ihres Mitglieds Griechenland nicht neutral sein.

Malta: wirtschaftliche Probleme auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft

Stehen bei Zypern politische Probleme der EU-Mitgliedschaft im Weg, so sind es bei Malta vor allem wirtschaftliche Hindernisse. In dem Avis vom 30. Juni 1993 bescheinigt die Kommission zwar Malta die europäische Identität, meldet aber zugleich eine Reihe von Vorbehalten an. Die Wirtschaft wird als abgeschottet betrachtet, in der Rechtsstruktur werden große Disparitäten ausgemacht. Die Probleme scheinen zwar bewältigbar; um aber den *acquis communautaire* zu übernehmen, bedarf es in Malta tiefgreifender Reformen. Die Union bietet zwar ihre Hilfe in Form technischer Hilfe und finanzieller Unterstützung an, um Malta beitragsfähig zu machen, will allerdings Verhandlungen über einen EU-Beitritt erst nach erfolgreich durchgeführten Reformen beginnen. Mit besonderem Nachdruck betont die Kommission das institutionelle Problem. Die Effizienz der Entscheidungsprozeduren dürfe durch die Aufnahme kleiner Länder nicht noch weiter kompliziert werden. Maltas — in der Verfassung verankerte — Neutralität wird ebenso wie die Zugehörigkeit zur Blockfreien-Bewegung als Hindernis auf dem Weg zum EU-Beitritt gesehen.

Türkei: Regionalmacht im Strudel innenpolitischer Wirren

Der Traum vom "Jahrhundert der Türken" und der neuen Rolle der Türkei als Regionalmacht verblaßt immer mehr⁷: Vor allem wirtschaftlich kann die Türkei den Turkvölkern nicht das bieten, was sie erwarten; und das "Modell Türkei", bei dem eine laizistische Staatsordnung eine Symbiose mit einer islamischen Gesellschaft eingeht, gerät intern immer mehr unter Druck.

Soweit es um die Rolle der Regionalmacht geht, haben sich die der Türkei gesetzten Grenzen nicht nur finanziell, sondern auch bezüglich des Konflikt-Managements gezeigt: In Aserbaidschan hat Ankara seinen Protegé Präsident Elcibey nicht im Amt halten können. Er wurde im Juni von Haidar Alijew gestürzt, der als "Mann der Russen" gilt. Das Projekt einer Ölpipeline von den aserbaidshanischen Ölfeldern am Kaspischen Meer zum türkischen Mittelmeerhafen Yumurtalik liegt erst einmal auf Eis. Bei der Schwarzmeer-Kooperationszone ist zwar die Institutionalisierung vorangetrieben worden — mit einem Grundkapital von 1 Mrd. Dollar wurde in Thessaloniki die Handels- und Entwicklungsbank gegründet —, doch hat sich wirtschaftlich bislang noch keine substantielle Kooperation ergeben. Erwähnenswert ist der Umstand, daß die Kooperationszone die positiv zu bewertende Möglichkeit zur Erörterung der Konflikte in der Region bietet. Auf dem Balkan gerät das UN-peace-keeping — unter aktiver Beteiligung der Türkei — immer mehr zur Schutzmachtspolitik: Haben sich die Russen (ohne UN-Mandat) zugunsten der Serben engagiert, so geschieht dasselbe jetzt (mit UN-Mandat) von der Türkei für die Muslime im ehemaligen Jugoslawien. 1993 hatte die Türkei nach ihrer Beteiligung an der Überwachung der Flugverbotszone über Bosnien wiederholt angeboten, türkische Truppen auf

den Balkan zu entsenden. Die UN sind mittlerweile vor allem aus finanziellen Gründen darauf eingegangen.

1993 stand ungeachtet der vielfachen Konfliktherde in der Region die Innenpolitik für die Türkei im Vordergrund. Nach dem überraschenden Tod von Präsident Özal am 17. April 1993, folgte ihm am 16. Mai Demirel im Amt nach, und wurde Tansu Çiller neue Ministerpräsidentin, nachdem sie bereits am 13. Juni zur Parteichefin avanciert war. Die neue Regierung steht für Kontinuität, hat allerdings mit koalitionsinternen Spannungen zu kämpfen. Hatte sich bezüglich des Kurdenproblems im Frühjahr 1993 kurzfristig die Chance einer politischen Lösung angedeutet, nachdem die PKK einen Waffenstillstand verkündet hatte, so ist dieser Hoffnungsschimmer alsbald verfliegen. Die türkische Regierung ist nicht bereit, mit der PKK politische Verhandlungen zu führen, weil dies deren Anerkennung als Vertretung der Kurden gleichgekommen wäre. Mit der Kurdenfrage ist für die Türkei ein Problem besonderen Ausmaßes erwachsen, es herrscht Krieg im Land. 1993 waren 4.200 Todesopfer, darunter 1.500 Zivilisten zu beklagen. Sicherheitskräfte und Zivilisten werden durch die PKK getötet, unter den Angriffen der türkischen Sicherheitskräfte auf die kurdischen Separatisten hat die Zivilbevölkerung gleichermaßen zu leiden. 16 Journalisten wurden 1992 und 1993 ermordet. Der Krieg hat mittlerweile die Millionenstädte Ankara, Izmir, Istanbul und die Fremdenverkehrszentren erfaßt. Die Folgen sind spürbar: Im August 1993 ging der Tourismus nach mehreren kleineren Bombenattentaten um 8% gegenüber dem Vorjahresmonat zurück. Der Krieg gegen die PKK kostet jährlich 8 Mrd. Dollar, was einem Anteil von 70% des Haushaltsdefizits von 1993 entspricht⁸.

Weil in der Türkei die Kurdenfrage vor allem als ein Problem des Terrorismus gesehen wird, erscheint die militärische Lösung auch als die einzig angemessene Antwort. Die Regierung weiß sich im übrigen hier mit der türkischen Bevölkerung einig. Das Militär bestimmt immer nachhaltiger den Weg der Regierung Çiller in der Kurdenfrage. Im neuen Verteidigungskonzept der Türkei genießt der "innere Feind" Priorität⁹.

Die islamischen Eiferer machen sich besonders in den Elendsvierteln der Großstädte bemerkbar. Die Ermordung des Journalisten und Schriftstellers Umcur, eines entschiedenen Verfechters des Laizismus, wurde von der westlich ausgerichteten Oberschicht als Signal gewertet. Noch scheint es gerechtfertigt von Islamisten und nicht von Fundamentalisten zu sprechen. Die kemalistische Türkei dürfte noch nicht zur Disposition stehen. Die Polarisierung und Konfrontation zwischen Islamisten und Kemalisten nimmt aber zu. Die Türkei wird nur so lange dem Westen zugewandt bleiben, wie die kemalistische Elite den Ton angeben kann. Selbst in hohen Verwaltungssämtern machen sich freilich die Islamisten bemerkbar, und Kemalisten selbst umwerben die islamischen Eiferer aus parteitaktischen Gründen. Absolventen islamischer Schulen drängen in die Spitzen der Administration. Das Militär, das in der Türkei einen immer stärkeren politischen Einfluß erhält, stellt sich gemäß seiner kemalistischen Tradition

gegen die Islamisten. Es werde in der Türkei keine Diskussion über das Prinzip des Laizismus geben, verkündete kategorisch Generalstabschef Dogan Güres¹⁰. Im 30. Jahr nach der Unterzeichnung des Ankara-Vertrages gibt es im Verhältnis zur Europäischen Union wenig Fortschritte. Noch immer wird die Türkei zwar als "Modell" für die zentralasiatischen Turk-Staaten herausgestellt — für das Verhältnis zur Europäischen Union hat dies allerdings keine Konsequenzen. Der Westen sollte sich zumindest darauf vorbereiten, wie einer wirtschaftlich und politisch destabilisierten Türkei zu helfen ist.

Anmerkungen

- 1 EG-Kommission: Stellungnahme der Kommission zu dem Beitrittsantrag der Republik Zypern, KOM(93) 313, Luxemburg 1993.
- 2 In der Kommission wollte der griechische Kommissar die Festlegung auf einen konkreten Zeitplan durchsetzen und den Beitritt Zyperns 1998 vollziehen. Vgl. Vereinigte Wirtschaftsdienste v. 30. 6. 1993, S. 5.
- 3 Vgl. *Le Monde* v. 13. 11. 1993, S. 8; *The Economist Intelligence Unit, Cyprus, Malta. Country Report 1* (1993), S. 15.
- 4 Soll z.B. Zypern und auch Malta ein Mitglied in der Kommission zugestanden werden? Vgl. *Agence Europe* v. 19./20. 6. 1993, S. 8.
- 5 Erklärung des türkischen Außenministeriums v. 7. 10. 1993, in: *Nachrichten aus der Türkei* v. 15. 10. 1993, S. 6.
- 6 Hintergrund ist die Tatsache, daß die UN-Präsenz auf Zypern immer mehr ausgedünnt wird, von 2.300 sind bloß 1.300 Blauhelme übrig geblieben.
- 7 Zur Regionalmacht vgl. Axt, Heinz-Jürgen: Türkei, Malta, Zypern, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1992/93*, S. 381–386.
- 8 Vgl. *Handelsblatt* v. 30. 11. 1993, S. 1.
- 9 Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* v. 15. 6. 93, S. 5.
- 10 Vgl. ebd.

Weiterführende Literatur

- Balkir, Canan: *Turkey and Europe*, London 1993.
- Choisi, Jeanette: *Wurzeln und Strukturen des Zypernkonflikts 1878 bis 1990. Ideologischer Nationalismus und Machtbehauptung im Kalkül konkurrierender Eliten*, Wiesbaden 1993.
- Dodd, C. (Hrsg.): *The Political, Social and Economic Development of Northern Cyprus*, Huntingdon 1993.
- EG-Kommission: Stellungnahme der Kommission zu dem Beitrittsantrag Maltas, KOM(93) 312, Luxemburg 1993 (Kurzfassung in *Bulletin der EG, Beilage 4* (1993)).
- EG-Kommission: Stellungnahme der Kommission zu dem Beitrittsantrag der Republik Zypern, KOM(93) 313, Luxemburg 1993 (Kurzfassung in *Bulletin der EG, Beilage 5* (1993)).
- Lerch, Wolfgang Günther: Die Türkei als regionale "Großmacht". Hoffnungen und Illusionen einer weltpolitischen Umwälzung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* v. 17. 9. 1993, B 38/39, S. 3–9.
- Manousakis, Gregor M.: Das Zypernproblem und kein Ende, in: *Europäische Sicherheit* 42 (April 1993) 5, S. 234–236.
- Sen, Faruk: Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation: Ergänzung zur EG?, in: *Außenpolitik* 44 (1993) 3, S. 281–287.